

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 5

Artikel: Europa muss seinen Weg finden
Autor: Eppler, Erhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339863>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 24.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europa muss seinen Weg finden

An der aussenpolitischen Tagung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz sprach der bundesdeutsche Politiker Erhard Eppler über Europa als Kriegsschauplatz oder mögliche Brücke zwischen Ost und West, Nord und Süd. Eppler ist Mitglied des SPD-Präsidiums und Autor verschiedener Publikationen (u.a. «Ende oder Wende» und «Wege aus der Gefahr»), die sich kritisch mit unserer hochtechnisierten Gesellschaft auseinandersetzen. Wir geben im folgenden sein am 20. März in Bern gehaltenes Referat ungekürzt wieder.

Es gehört inzwischen schon zu den üblichen Tricks wirkungs-süchtiger Referenten, zuerst einmal das Thema in Frage zu stellen. Was ich hier zur Einleitung sage, ist als vorsorgliche Abwehr naheliegender Missverständnisse zu verstehen. Dass es darum geht, Europa nicht zum atomaren Kriegsschauplatz werden zu lassen, dass Europa also leben, überleben will, dürfte gar kein Gegenstand der Diskussion sein.

Aber wie ist dies mit der Brücke zwischen Ost und West, Nord und Süd?

Für einen Arbeiter in den sam-bischen Kupferminen oder für eine Plantagenarbeiterin in Equador sind wir Norden, Teil der industrialisierten Welt. Und das ist ja auch so. Für einen Angestellten in einer rumä-nischen Handelsgesellschaft, der vom eigenen Opel-Rekord oder gar Mercedes träumt, sind wir Westen, Teil einer Welt, die nach anderen, sprich kapitalistischen Regeln funktioniert, und das ist ja auch so, wobei ich hinzufügen möchte, dass dieser Westen nach seinen Regeln mühsam funktioniert, aber eben doch noch besser als der Osten nach den seinen.

Das Bild von der Brücke kann also nicht meinen, dass wir nicht wüssten, wohin wir gehören. Wir gehören zum Norden, weil dies so ist, und wir gehören

zum Westen, weil wir dies, bei aller Kritik an dem, was hier vorgeht, so wollen. Daran ändert die militärische Neutralität nichts, nicht die der Schweiz heute, auch nicht falls dies geschähe, die anderer Teile West- und Zentraleuropas in der Zukunft.

Es gibt keinen erstrebenswerten Mittelweg zwischen einem bürokratisierten, unbeweglichen und phantasielosen Staatskapitalismus und einem zunehmend bürokratischen und vermachten Privatkapitalismus. Was wir demokratischen Sozialismus nennen, hätte sein Recht nicht zwischen den beiden, sondern jenseits von beiden.

Wenn wir so Position bezogen haben, lautet die nächste Frage: Was können wir dafür tun, dass Nord und Süd, Ost und West gemeinsam überleben können, wenn möglich so, dass Leben nicht nur vegetieren, malochen, hungern nach Brot und nach Menschlichkeit bedeutet? Lasst mich beginnen mit Nord und Süd.

In sechs Jahren administrativer Tätigkeit habe ich vieles in Frage gestellt und auch verändert, was sich Entwicklungshilfe nannte. Heute, nach weiteren acht Jahren, weiss ich, dass mein Denkansatz keineswegs zu radikal, sondern zu wenig radikal war. Heute ist mir klar, dass den meisten Ländern im Süden

alles schadet, was sie auf unsere Wege locken, drängen oder stossen soll. Solange das Gesamtverhältnis des Nordens zum Süden so angelegt ist, dass der Süden so werden soll wie wir, läuft der Süden in Sackgassen. Warnschilder, die diese Sackgassen ankündigen, sind heute die dramatisch wachsende Verschuldung, die dramatisch wachsende Arbeitslosigkeit und die ebenso dramatisch fortschreitende Umweltzerstörung.

Nehmen wir das Musterland Brasilien, da haben wir alles beisammen: Dieses Land hat sich mit atemberaubendem Tempo unter einer brutalen Militärherrschaft in der Weise industrialisiert, wie dies im Westen vorexerziert worden war. Die Folge: Damit die Ölrechnung für Tausende von Fabriken und Millionen von Autos bezahlt werden kann, muss fruchtbares Land mit Rohrzucker bepflanzt werden, nicht damit die Menschen essen, sondern damit die Autos fahren können.

Nicht nur die Kluft zwischen reich und arm ist unerträglich geworden; heute hungern dort mehr Menschen als vor zehn Jahren, ohne das Wohlwollen des westlichen Banksystems wäre das Land bankrott; gegenüber dem Ballungsraum Sao Paolo ist der von Stuttgart fast ländlich-unversehrt, und was an tropischem Wald vernichtet wird, dürfte uns alle noch teuer zu stehen kommen.

Aber eben: dies war das Musterland kapitalistisch — meist durch multinationale Konzerne — erzeugten Wirtschaftswachstums.

Machen wir uns nichts vor: Entwicklungshilfe her oder hin, unsere Wirtschaft ist genau an dieser Art von Entwicklung interessiert. Was schert es deutsche Baufirmen, wenn sie in Opec-Ländern für 1 Milliarde DM das Stück, technisch unüberbietbare Krankenhäuser hinstellen, was schert es sie, wenn diese riesigen Reparaturwerkstätten für körperliche Defekte monatlich sogar dann 5 Millionen DM Unterhaltungskosten erfordern, wenn gar kein Personal für den Betrieb zu finden ist! Was schert es die chemische Industrie von Basel bis Ludwigshafen, wenn unsere Art von Landwirtschaft im Süden die Bodenerosion vorantreibt, wenn dort die Schädlinge noch rascher gegen Gifte resistent werden als hier? Was schert es die Automobilindustrie Europas, wenn eine Stadt nach der andern im Verkehrschaos und im Gestank verkommt? Was schert es unsere Investoren, wenn eine Kunstfaserfabrik für 100 oder 200 Arbeiter Tausende von Schäfern oder Webern brotlos macht?

Was kümmert es unsere Waf-
fenexporteure, wenn für jeden
exportierten Panzer auch dann
Menschen sterben, wenn dieser
Panzer nie eingesetzt wird: ein-
fach weil die Militarisierung des
Südens das Elend noch hoff-
nungsloser macht?
Hauptsache, die Bilanzen unse-
rer Multis stimmen.

Beispiel Energiepolitik

Solange dies die Wirklichkeit ist, hat Entwicklungshilfe, wo sie gut ist, den Sinn, solche Wirkungen ein bisschen abzumildern, wo sie schlecht ist, sie noch zu verstärken. Worauf es ankommt, ist, ob wir für die Dritte Welt partnerschaftsfähig werden. Und dies setzt dreierlei voraus:

Die Einsicht, dass die meisten Länder des Südens unseren Weg auch dann nicht gehen können, wenn die meist von uns korrumpierten Oberschichten dies wollen.

Dass wir zusammen mit den Einsichtigen und noch nicht Korrumpierten im Süden Wege einer technischen und ökonomischen Entwicklung suchen, die diesen Kulturen und Klimazonen angemessen sind.

Dass wir vor allem fragen, was wir hier bei uns ändern müssen, damit der Süden leben kann.

Lasst mich dies am Beispiel der Energieversorgung erläutern: Für die Länder der Dritten Welt ist eine Energieversorgung durch dezentrale und möglichst erneuerbare Energiequellen vorteilhafter als durch zentralisierte Grosstechnologie. Für grosstechnische Anlagen fehlt ihnen:

● Das Kapital; wie soll ein armes Land in zehn Jahren zwei Milliarden Mark für ein Kernkraftwerk investieren, ehe der erste Strom fließt?

● Die technische Erfahrung; sie reicht bei uns nicht aus, Unfälle zu verhindern. Wie soll dies in technisch weniger geübten Gesellschaften sein?

● Die technische Infrastruktur, zum Beispiel ein weiträumiges Netz zur Verteilung des Stroms.

● Die politische Stabilität; Kernkraftwerke passen nicht in Länder, in denen Bürgerkrieg herrscht oder droht.

Nuklearexport in die Dritte Welt setzt dort einen Prozess in Gang, dessen Scheitern abzusehen und teilweise schon sichtbar ist. Der deutsche Nuklearexport nach Persien ist zusammengebrochen, im Fall Brasilien droht ähnliches.

Energiepolitik im Interesse der Dritten Welt bedeutet also: Drastische Energieeinsparung in Industrieländer, damit fossi-

le Energieträger, vor allem Öl, dort noch erschwinglich bleiben. Jeder Liter Öl, jede Kilowattstunde Strom, die wir zuhause einsparen, ist ein winziges Stück Entwicklungshilfe.

Grosszügige Hilfe bei der Erschliessung dezentraler und erneuerbarer Energiequellen.

Hier sind es vor allem drei Energiequellen, die es zu erschliessen gilt:

a) Die bisher kaum genutzte Wasserkraft, etwa in den Anden oder im südlichen und östlichen Afrika.

b) Die Sonnenenergie, deren Umwandlung in elektrische Energie, etwa für dezentral zu speisende Wasserpumpen, heute schon wirtschaftlich ist.

c) Organische Energiequellen, neben Biomasse, vor allem Holz.

Dass Sonnenenergie auch dort nicht genutzt wurde, wo sie im Übermass vorhanden ist, hängt mit einem Modell von Entwicklung zusammen, das vom Norden kopiert war. Deshalb wird Sonnenenergie im Süden erst genutzt, wenn sich der Norden darin — sehr viel weniger erfolgreich — versucht.

Wenn wir die Menschen dort ermuntern, andere, eigene Wege zu gehen, so werden sie dies nur dann nicht als neueste Masche des Kolonialismus empfinden, wenn wir selbst bereit sind, über die Anwendung einfacherer Technologien oder eine weniger aufwendige Lebensweise bei uns mit uns reden zu lassen, wenn sie, wie bei der Sonnenenergie, sehen, dass wir ihren natürlichen Vorsprung hinnehmen. Die von Schumacher angestossene Diskussion über kapital- und energiesparende, dafür aber arbeitsintensive Technologien für Länder mit brachliegender Arbeitskraft kann nur dann weiterführen, wenn wir in Europa unsere herkömmliche harte Technologie nicht für tabu erklären.

Klima der Partnerschaft

Wenn wir anderen eine weniger energiefressende Form der Landwirtschaft nahelegen, dann müssen wir diese zu Hause mindestens in Alternativmodellen selbst praktizieren. Wer anderen Massenverkehrsmittel empfiehlt, tut gut daran, gelegentlich selbst solche zu benutzen.

Die Entwicklungspolitik eines Landes entscheidet sich nicht in einem Ministerium, nicht einmal in einer Regierung. Beide spiegeln häufig nur wider, inwieweit eine Gesellschaft kooperationsfähig ist. Die Deutschen sind es nur bedingt, weniger als die Niederländer oder die Schweden, mehr vielleicht als die Japaner. In Schweden kann sich jede Regierung eine Entwicklungshilfe leisten, die sich an den Bedürfnissen der ärmsten 800 Millionen Menschen orientiert, in Japan mit seinem ungebrochenen Nationalismus in allen Wirtschaftsfragen könnte dies keine. Je weniger eine Gesellschaft vom Leistungszwang gepeitscht, vom Prestigeikonsum getrieben, von Konkurrenzangst gejagt ist, je offener eine Gesellschaft ist für Neues, Ungewohntes, Fremdes, je stärker der Wille nach mehr Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eine Gesellschaft bestimmt, je unverkrampfter eine Demokratie gelebt wird, um so eher wächst ein Klima der Partnerschaft, ohne das Entwicklungspolitik immer ein Kummerdasein führen muss. Zeige mir deine Entwicklungspolitik, und ich sage dir, wer du bist. Über die Qualität unserer Entwicklungspolitik wird jeden Tag entschieden, und zwar im eigenen Land, in seiner Einkommenspolitik, seiner Energiepolitik, seiner Verkehrspolitik, aber auch in allem, was seine gesellschaftlichen Kräfte tun oder unterlassen, kurz: bei uns selbst.

Europa ist gefordert!

Was ich hier anpeile, wird nicht von den USA, sicher auch nicht von der Sowjetunion ausgehen. Die östliche Supermacht hat mit ihrer eigenen Fehlentwicklung genug zu tun, in der westlichen Supermacht wurde ein Präsident gewählt, der dem Süden nicht mehr zu sagen hat als dies:

1. Seht zu, das Euer Land für unsere Multis attraktiv wird, sie werden Euch dann schon helfen.
2. Wenn Ihr stramm antisowjetisch — notfalls auch zusammen mit den chinesischen Kommunisten — operiert, könnt Ihr von uns auch Waffen, Weizen und Maschinen bekommen.

Welchen Rückschritt die Reagan-Administration bedeutet, kann der ermessen, der die entwicklungspolitische Diskussion der frühen Siebzigerjahre mitgemacht hat. Alles, was damals mit Robert MacNamara, Jan Pronk, Judith Hart, Ernst Mehanek, Maurice Strong erarbeitet wurde, hat Reagan vom Tisch gewischt.

Dass hier Europa, Westeuropa gefordert ist, hat François Mitterrand verstanden. Aber eben: so wie die US-Regierung Frankreich gegen die vernünftige Haltung Helmut Schmidts in der Polenkrise ausspielen konnte, so spielt sie in Sachen Dritte Welt Genscher und Schmidt gegen Cheysson und Mitterrand aus.

Wenn verzweifelte Menschen im Süden nach Hilfe ausschauen, dann bleibt im Grunde nur noch Westeuropa.

Der Osten könnte auch dann nicht, wenn er wollte. Die USA wollen nur, was den Osten schwächt. Japan hat sich einem kaum verhüllten Wirtschafts-imperialismus verschrieben.

Was wir brauchen, ist ein westeuropäischer Konsens in folgenden Punkten:

Widerstand gegen den Versuch der USA, die Dritte Welt nur noch als Kampffeld zwischen Ost und West und als Betätigungsfeld für die amerikanische Grossindustrie zu verstehen. Hilfe für die Kräfte, die für ihre Länder eigene, ihrer Tradition und Kultur gemässe Wege gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Veränderung suchen. Gemeinsame Anstrengungen in Europa, solche Versuche durch Erarbeitung von angemessener Technologie zu unterstützen. dies gilt vor allem für die Energieversorgung, das Verkehrswesen, das Gesundheitswesen und die Landwirtschaft. Überprüfung unserer eigenen Innenpolitik, vor allem auf diesen Feldern, mit dem Ziel, partnerschaftsfähig zu werden.

Widersprüchliche US-Propaganda

Was das Ost-West-Verhältnis angeht, so möchte ich von einer Äusserung des früheren Vizepräsidenten der USA, Mondale ausgehen: er meinte, militärische Stärke sei noch keine Politik, wenn man keinen Plan für den Frieden habe.

Dies ist eine überaus höfliche Beschreibung dessen, was heute in Washington vor sich geht. Wie immer man den Einfluss Ronald Reagans auf seine eigene Politik einschätzt, wir haben es mit einem Mann zu tun, für den das Leben sich immer als Kampf der Guten gegen die Bösen, schliesslich als Sieg der Guten über die Bösen dargestellt hat. Dieses vulgär-manichäische Weltbild, das heute die Politik der USA beherrscht, lässt Waffenstillstände zu, aber letztlich keinen Frieden. Frieden zwischen Gut und Böse ist nicht nur unmoralisch, sondern auch unmöglich.

Dabei vollzieht sich die US-Politik gegenüber dem Osten auf den zwei Ebenen der Propagan-

da und der praktischen Politik. In der Propaganda wird uns Angst eingejagt vor der Dynamik kommunistischer Weltrevolution und vor sowjetischer Überlegenheit, in der praktischen Politik wird auf allen Gebieten, von der Rüstung bis zur Ökonomie, Druck ausgeübt in der Absicht, ein ohnehin morsch, zerfallendes Imperium an seinen inneren Ausweglosigkeiten krepieren zu lassen. Spannend wird es da, wo die realpolitische Zielsetzung — selten, aber eben doch — sich öffentlich kundgibt, etwa in der Neujahrsrede des Präsidenten oder in Interviews von Verteidigungsminister Weinberger. Dann fragt sich der verwirrte Beobachter, was denn nun stimme: ob die Sowjetunion dabei sei, sich die Welt zu unterwerfen oder an inneren Widersprüchen zugrunde zu gehen — beides zusammen ist recht unwahrscheinlich.

Die Gefahren

Die These, dass die östliche Führungsmacht auf allen Gebieten ausser dem militärischen geradezu erschreckend schwach sei, ist kaum zu widerlegen. Die Bindekraft der kommunistischen Ideologie lässt nach, auch in der Sowjetunion selbst. Die sowjetische Industrie ist auf dem Weltmarkt nach wie vor nicht konkurrenzfähig. Die Konkurrenten der USA sind ökonomisch Westeuropa und Japan, nicht die Sowjetunion. Wenn es Gefahr aus dem Osten gibt, so besteht sie in den Achtzigerjahren vor allem an zwei Punkten:

Die Sowjetführung könnte versucht sein, ihre ideologische, politische und ökonomische Schwäche durch militärisches Auftrumpfen zu überspielen.

Die Sowjetführung könnte zu dem Ergebnis kommen, dass die Rüstungsanstrengungen des Westens schon in den späten

Achtzigerjahren, vor allem aber im letzten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts, die Sowjetunion so in die Ecke manövrieren könnten, dass die Frage C.F. von Weizsäckers akut wird: Was tut der Bär, wenn er in der Ecke ist und vor allem: ehe er in der Ecke ist?

Die Gefahr solcher Kurzschlüsse wären noch grösser, wenn die nächste Führungsgeneration in Moskau Bilanz zöge und zu einem negativen Saldo unter Breschnews Entspannungspolitik käme.

Der Funke kann überspringen

Ehe wir nach der Rolle Europas fragen müssen wir nach Ursachen und Anlässen Ausschau halten, die einen Konflikt zwischen den Supermächten auslösen könnten.

Sie dürften nach menschlichem Ermessen nicht in Europa liegen. Die Wahrscheinlichkeit einer US-Intervention in Polen ist so gross und so klein wie die eines sowjetischen Überfalls auf die Bundesrepublik. Die Sowjetunion in ihrem heutigen Zustand braucht ein wirtschaftlich intaktes Westeuropa als Handelspartner und ein politisch handlungsfähiges Westeuropa als Dämpfer für amerikanischen Kreuzzugsgeist.

Sie hätten nichts von einer europäischen Atomwüste — die sich dann mindestens bis Moskau erstrecken würde — und sie kann auch nicht scharf darauf sein, sich in Frankfurt oder gar in Bern all die Probleme potenziert auf den Hals zu laden, mit denen sie seit bald 40 Jahren in Osteuropa nicht zurande kommt.

Kurz: Ich glaube nicht, dass es in Washington oder Moskau umsetzungsfähige Strategien gibt, die Demarkationslinie in Europa zu verschieben. Aber es gibt sehr wohl umsetzungsfähige Strategien, die auf den Na-

hen Osten, Zentralamerika, Kambodscha, wohl auch auf Teile Afrikas zielen.

Der explosive Landstrich unserer Erde dürfte der Nahe und Mittlere Osten sein, zum einen, weil von seinen Quellen die Ölversorgung des Westens — nicht übrigens des Ostens — abhängt, zum andern, weil der israelische-arabische Konflikt heute, nicht ohne das Zutun Begins, vom Frieden weiter entfernt erscheint als jemals zuvor. Ich gestehe, mir graut vor der Vorstellung, dass beides, der Kampf um das Öl und der Kampf um das Israel, das Begin vorschwebt, sich verknäueln könnten. Und ich würde mich auch nicht wundern, wenn man in Israel darüber nachdächte, ob nicht die Reagan-Administration ein Geschenk ist, das sich so rasch nicht wiederholt. Jedenfalls: Die Gefahr für Europa besteht vor allem darin, dass die Weltmächte ausserhalb Europas in eine nicht mehr beherrschbare Konfrontation geraten und dass dann der Funke auf Europa überspringt. Er wird dies um so sicherer tun, je mehr eine Weltmacht von Europa aus militärisch bedroht werden kann oder sich bedroht fühlt. Dies ist das entscheidende Argument gegen Raketen, die von Deutschland aus in 5 Minuten den Kreml treffen können.

10 Thesen für Europa

Was kann, wenn diese Analyse wenigstens in der Tendenz richtig ist, Funktion und Position Westeuropas sein! Dabei meine ich mit Europa zuerst einmal die EG.

Ich möchte dies in 10 Thesen andeuten.

1. Westeuropa braucht auch künftig die Rückendeckung der USA gegenüber der Weltmacht Sowjetunion, so wie die USA die Kooperation der Westeuropäer brauchen. Dieses gemein-

same Interesse ist die Basis der NATO. Diese Basis würde nur dann brüchig, wenn gegensätzliche Interessen gewichtiger würden als gemeinsame.

2. Westeuropa hat kein Interesse daran, die Sowjetunion unter einen ökonomischen, politischen und schliesslich militärischen Druck zu setzen, der die SU nach innen verhärten und nach aussen unberechenbar machen kann. Wir müssen auf absehbare Zeit mit dem Sowjetsystem leben und auf seine Wandlungsfähigkeit setzen.

3. Westeuropa hat ein ökonomisches und politisches Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit allen Ländern des Warschauer Paktes. Auch unsere Sicherheit wird um so grösser sein, je wichtiger wir als Handelspartner werden.

4. Westeuropa wird militärisch umso sicherer sein, je weniger sich die SU von Europa aus bedroht fühlt. Daher müssen westeuropäische Verteidigungsanstrengungen darauf zielen, ein hohes Risiko für jeden Angreifer glaubhaft zu machen, ohne dass von Westeuropa eine Bedrohung der SU ausgeht. Dies setzt voraus, dass an die Stelle der Strategie der flexiblen Antwort ein reines Verteidigungskonzept tritt, das sich in Umrüstung auf rein defensive Waffen und Organisationsstrukturen niederschlägt.

5. In einer Epoche, in der neue Waffentechnik einen atomaren Krieg wieder begrenzbar, führbar und schliesslich gewinnbar erscheinen lässt, hat Europa ein gesteigerte Interesse an atomwaffenfreien Zonen, die schliesslich zu einer grossen Zone ohne atomare Waffen zusammenwachsen können. Europäische Staaten, die selbst keine atomaren Waffen herstellen, sollten auf ihrem Territorium auch keine stationieren.

6. Westeuropa muss eine eigene Politik gegenüber der Dritten Welt entwickeln, abstimmen

und durchsetzen. Ausgangspunkt dafür könnten die Vorstellungen der französischen Regierung sein.

7. Eine eigene Nahostpolitik Westeuropas wird in dem Masse dringlicher, wie amerikanische Rückendeckung die Regierung Beginn zu Handlungen ermutigt, die immer neues Konfliktpotential anhäufen. Dabei kann die EG an ihre gemeinsame Nahostresolution anknüpfen.

8. Die Teilung Europas durch die Beschlüsse von Jalta ist nur zu überwinden, wenn europäische Politik von dieser Realität ausgeht. Da keine Weltmacht zulassen wird, dass ihr Einfluss in Europa auf Dauer einseitig vermindert wird, muss ein Prozess eingeleitet werden, der auf beiden Seiten die Eigenständigkeit der Bündnispartner gegenüber ihrer Führungsmacht stärkt und neue Verbindungen zwischen den Europäern auf beiden Seiten knüpft. Dabei sind zu jedem Zeitpunkt die Sicherheitsinteressen beider Weltmächte zu berücksichtigen.

9. In dem Masse wie es gelingt, militärische Drohpotentiale in West- und Osteuropa zu verringern, gemeinsame politische und wirtschaftliche Interessen zu schaffen, könnten — wohl erst in den Neunzigerjahren — Vereinbarungen spruchreif werden, welche die bestehenden Bündnissysteme überwölben und relativieren, schliesslich sogar ersetzen.

10. Nur in diesem Prozess könnte ein Ausscheren von Bündnispartnern der beiden Systeme aus ihren Allianzen sinnvoll werden. Ein Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO hier und jetzt würde niemandes Sicherheit erhöhen. Ich habe bei alledem von Europa gesprochen, nicht von Deutschland. Einmal, weil es das Thema so will, zum andern, weil dies von der Sache her nötig ist. So natürlich es ist, wenn die alten Nationen Europas sich

zu Wort melden, wenn es um Leben und Tod, ihr Leben und ihren Tod als Nationen geht, so sicher ist auch, dass ein Chaos von Nationalismen das letzte ist, was uns helfen kann. Daher steht auch das Thema Wiedervereinigung der Deutschen jetzt nicht an. Nur wenn die Europäer — und hier meine ich nun alle — eine Weg finden, im Spannungsfeld der Supermächte ihre gemeinsamen Interessen zur Geltung zu bringen — und die gibt es — haben sie eine Chance gemeinsamen Lebens und Überlebens.

SP- Bildungstelefon

ds uuwahre
isch nid i de wort
es isch i de sache

dyni stadt
syg e ryychi stadt
seit me
lue doch nume die
glaaspaläscht aa
wie sie spiegle
u d mönsche
hei schööni chleider u outo

das stimmt
u doch isch es gloge

dyni stadt
isch en armi stadt
lue nume die hüser
wo ine wulche
vo dräck u gift ghüllt sy
u d outokolonne
quetsche d fuessgänger
a d muure

ds unwahre
isch äbe nid i de wort
es isch i de sache

SP Aargau 064 / 22 41 02